

Urlaub nur zu Hause

DIE LINKE hatte vorgeschlagen, dass Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos Ferienangebote der Stadt nutzen können. **S.2**

Kein Vorankommen

Immer noch werden die Radwege in Düsseldorf im Schnecken tempo gebaut. So kann das nicht weitergehen, findet DIE LINKE. **S.5**

Kaum Veränderung

Düsseldorf braucht preiswerte Wohnungen. Doch es passiert kaum etwas. Vorschläge der LINKEN werden ausgebremst. **S.6**

Kultur in Nöten

Corona hat auch die Kultur schwer getroffen. Wie es weitergeht, weiß niemand. DIE LINKE hat eine Idee, was jetzt zu tun ist. **S.7**

LINKE Politik lohnt sich



Foto: (CCO) piqsels

Erfolgreiche Opposition

DIE LINKE Ratsfraktion zieht Bilanz

Am 13. September wird ein neuer Stadtrat gewählt. Dann endet die aktuelle Wahlperiode. 2014 ist DIE LINKE mit vier Sitzen in den Rat gewählt worden. Viele haben sich damals gefragt, wie eine so kleine Fraktion in der Opposition sinnvoll Politik machen kann. Rückblickend muss man sagen, die Fraktion hat es geschafft, immer wieder Impulse zu setzen und Themen anzustoßen bzw. auch Anträge durchzubekommen.

So wurde am 08. Juli die Flagge „Mayors for Peace – Bürgermeister für Frieden“ vor dem Düsseldorfer Rathaus gehisst. Die Mitgliedschaft in diesem internationalen Bündnis ist auf einen Antrag der LINKEN zurückzuführen.

Auch die Einrichtung der Hebammenzentralen ist mit vielen Anfragen und Anträgen der LINKEN zustande gekommen.

Die Umbenennung der Hans-Günther-Sohl-Straße, die im Rat verabschiedet wurde, beruht auf einer Initiative der LINKEN in der Bezirksvertretung. Die Umbenennung hat die Ratsfraktion zum Anlass genommen, die Überprüfung aller Düsseldorfer Straßennamen auf nationalsozialistische und kolonialistische Verstrickungen zu beantragen. Dazu wurde eine Kommission im Auftrag des Rates gebildet, die

Umbenennungsvorschläge vorgelegt hat.

Auch die Einführung der Wohnraumschutzsatzung in Düsseldorf wurde durch die Beharrlichkeit der LINKEN erreicht. Immer wieder wurden Anträge im Wohnungsausschuss und im Rat gestellt. Die letzten Endes verabschiedete Fassung hat zwar große Mängel, aber man kann darauf aufbauen und Verbesserungen einfordern.

Einige Jahre lang hat DIE LINKE zur Stärkung des ÖPNV einen autofreien Tag mit kostenlosem Bus- und Bahnangebot gefordert. 2019 wurde er dann endlich auch durchgeführt.

Aber nicht nur die Ratsmitglieder haben effektiv gearbeitet. Neben dem Rat gibt es eine Vielzahl von Fachausschüssen. Da die Mitglieder einer kleinen Fraktion nicht alle Ausschüsse besetzen können, hat die Gemeindeordnung vorgesehen, dass in Vertretung sogenannte Bürgermitglieder entsandt werden können. So war DIE LINKE auch in den Ausschüssen aktiv und immer wieder erfolgreich.

Die Einführung des Gleichstellungspreises, mit dem Einzelpersonen und Organisationen ausgezeichnet werden, die sich besonders für Gleichstellung einsetzen, wurde von der LINKEN im Gleichstellungsausschuss angeregt.

Auf Antrag der LINKEN im Schulausschuss werden Kurse, in denen AnalphabetInnen schreiben und lesen lernen, kostenlos von der VHS angeboten.

Eintrittsfreier Tag in städtischen Museen wurde auf Antrag der LINKEN eingerichtet und hat dazu geführt, dass erheblich mehr Menschen als zuvor die Museen besuchen.

Um alle Erfolge der letzten sechs Jahre bei der Ratsarbeit aufzulisten, bräuchte es mehr als diese Ausgabe des Rheinblicks. Deshalb hat die Fraktion zum Abschluss ihres Mandates eine Broschüre herausgebracht, die auf der Internetseite <https://www.linksfraktion-duesseldorf.de> heruntergeladen werden kann. Dort sind auch alle Anträge und Anfragen abrufbar.

Wir danken den Mitgliedern der Fraktion, aber auch den Menschen, die in den Ausschüssen mitgearbeitet haben, für ihr Engagement und die erfolgreiche Arbeit. Besonders sind da die Ratsmitglieder zu nennen, die nicht mehr für die nächste Wahlperiode kandidieren: Angelika Kraft-Dlangamandla, Lutz Pfundner und Nicki Blanchard. Anja Vorspel, die auf Platz 3 auf der Ratsliste steht, möchte ihre Arbeit gerne fortsetzen.

Es geht also weiter!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sechs Jahre statt der üblichen fünf dauert die Amtszeit des 2014 gewählten Stadtrates. Mit der einmalig verlängerten Wahlperiode wird der Rhythmus von Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen in NRW aneinander angeglichen. Sechs Jahre lang hielt Sie auch der Rheinblick über die Arbeit der LINKEN Fraktion im Düsseldorfer Stadtrat auf dem Laufenden. Dabei hat der Rheinblick Themen angesprochen, die in der Presse wenig oder gar nicht vorkommen. So wussten LeserInnen des Rheinblicks schon 2014, dass bezahlbare Wohnungen in Düsseldorf nicht vom freien Markt geschaffen werden. Heute gäbe es weniger leerstehende Spekulationsobjekte und mehr bezugsfertige, bezahlbare Wohnungen, wenn der Stadtrat den Initiativen der LINKEN gefolgt wäre. Mehr dazu lesen Sie in unserem Titel-Artikel.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Leserinnen und Lesern für ihr Interesse in den letzten sechs Jahren bedanken! Wir bedanken uns auch bei den Organisationen und Bündnissen, die sich mit der LINKEN Ratsfraktion für die Interessen der Mehrheit der Menschen in Düsseldorf eingesetzt haben!

Der Rheinblick wird nach der Kommunalwahl über die nächste LINKE Ratsfraktion mit ihren neuen und alten Ratsmitgliedern berichten. Jetzt aber wünschen wir viel Spaß und neue Einsichten beim Lesen dieser Ausgabe über LINKE Ratspolitik für eine soziale und solidarische Stadt!

Ihre Rheinblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

35.782 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,1 %

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit ist. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Juni 2020 bei 28.135 (offizielle Arbeitslosenquote 8,2 Prozent). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, aus der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.782 um 7.647 Personen höher als die schön gerechnete, offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 3.908 freie Arbeitsstellen im Januar gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind.

Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite:
www.linksfraktion-duesseldorf.de

LINKE gegen Taser

Taser sind Elektroschockwaffen. Mit 50.000 Volt werden damit Menschen angegriffen, so dass diese sich zweitweise nicht bewegen können. Mit diesen Waffen sollen ab Januar 2021 vier Polizeireviere in NRW testweise für 12 Monate ausgerüstet werden. Innenminister Reul hat Düsseldorf als eines davon ausserkoren. Er hat auch benannt, gegen wen die Taser bevorzugt ausprobiert werden sollen: Gegen Fußballfans und bei sogenannten Claneinsätzen. Taser sind kein Spielzeug, sondern ein Mordinstrument. Mehrere hundert Menschen wurden in den USA durch Tasereinsätze der Polizei bisher getötet und auch in Deutschland sind schon mehrere Menschen durch Taser getötet worden. DIE LINKE Ratsfraktion protestiert gegen den Einsatz von Tasern bei der Düsseldorfer Polizei.

Sozialer durch die Krise

Düsselpass und Änderungsantrag Ferienprogramm

Düsseldorf ist eine reiche Stadt. Es leben 463 Einkommensmillionäre und -millionärinnen in Düsseldorf. Die Stadt, ist als eine der wenigen Kommunen in NRW, auch offiziell nicht verschuldet. Gleichzeitig leben in Stadtteilen wie Garath oder Oberbilk viele Menschen, die besonders wenig Geld haben. Immerhin sind im Juni 2020 35.782 Menschen in Düsseldorf arbeitslos und sogar 63.124 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer bezogen im Jahr 2017 Leistungen nach dem SGB II. Was kann eine reiche Stadt wie Düsseldorf also für all diejenigen tun, die eben keine Millionäre sind oder sich eine schicke Wohnung in Oberkassel leisten können?

Der Düsselpass ist eines der wichtigsten städtischen Unterstützungsange-

bote. Er wurde 1997 eingeführt, um Menschen mit wenig Einkommen finanziell zu entlasten: zum Beispiel in der Apotheke, bei Behörden, Sport- oder Freizeitangeboten. DIE LINKE Ratsfraktion sorgte 2017 mit einem Antrag dafür, dass der Düsselpass allen Berechtigten automatisch per Post zugestellt wird. Damit entfallen die lästigen Antragsformulare und langwierigen Behördengespräche. Natürlich ist der Düsselpass kein Mittel, um Armut zu bekämpfen – er sorgt jedoch dafür, dass auch Menschen mit wenig Geld in Düsseldorf am öffentlichen Leben etwas besser teilnehmen können. Hilfe muss unkompliziert bei den Leuten ankommen – dafür setzen wir uns auch in Zukunft ein.

Armut ist auch für Kinder ein großes

Problem. Viele Familien können sich keine ausgedehnten Urlaube in den Ferien mehr leisten. Deshalb bieten das Jugendamt, freie Träger und Jugendverbände vergünstigte Ferienprogramme an. Die sogenannten „Düsselferien“ sind bei Eltern und Kindern beliebt. In diesem Jahr müssen die Ferienangebote für Kinder an die Bedingungen in der Corona-Krise angepasst werden: die Kinder werden beispielsweise in festen Gruppen ihre Ferien verbringen, damit die Ansteckungsgefahr niedrig bleibt. Auch wenn die Düsselferien für InhaberInnen des Düsselpasses vergünstigt sind, beantragte DIE LINKE Ratsfraktion, dass die Verwaltung prüfen solle, ob die Ferienangebote insgesamt kostenfrei gestaltet werden können. Außerdem beantragten wir, dass die Ferienangebote für InhaberInnen des Düsselpasses auf jeden Fall kostenfrei gestaltet werden. Familien, die von Hartz IV oder anderen Armutslagen betroffen sind, haben aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten in der Quarantänezeit schon genug finanzielle Schwierigkeiten – deshalb sollten wenigstens die Kinder nach der langen Isolation schöne Ferien in Düsseldorf verbringen können. Der Antrag wurde vom Rat der Stadt Düsseldorf leider mehrheitlich abgelehnt.



Straßennamen und ihre Bedeutung

Der Richard-Strauss-Platz

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet, alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen umbenannt werden.

Der Richard-Strauss-Platz in Benrath

Der Platz wurde 1954 nach dem Komponisten und Dirigenten Richard Strauss (1864-1949) benannt. Schon früh zeigte er seine rechte Gesinnung. Wie viele seiner Künstlerkollegen war er ein Anhänger der Monarchie. Er lehnte die parlamentarische Demokratie und das allgemeine Wahlrecht vehement ab. Genauso vehement lehnte er die musikalische Avantgarde und die musikalischen Experimente der 1920er ab. Seinem Hass auf alles Linke liess er immer wieder freien Lauf. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass er die Machtergreifung der NSDAP unter Hitler begrüßte. Schon im März 1933 traf er die neue Regierung und war begeistert. Er beglückwünschte Hitler

zum Geburtstag und biederte sich den neuen Herrschern regelrecht an.

Im November 1933 wurde er zum Präsidenten der Reichsmusikkammer ernannt. In einer amtlichen Mitteilung verkündete er, dass „Nichtarier grundsätzlich nicht als geeignete Träger und Verwalter deutschen Kulturguts anzusehen“ seien und „deshalb die erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung [...] besonders nachzuweisen“ hätten. Trotzdem war er mit dem Antisemitismus in Bezug auf Musik nicht ganz einverstanden. Für ihn zählte nur das „Talent“, deshalb missbilligte er auch den Ausschluss jüdischer Künstler aus der Reichskulturkammer. Ihm wurden zwar einige Schwierigkeiten bereitet, seiner Karriere schadete dies dennoch nicht. 1936 durfte er bei der musikalischen Eröffnung der Olympischen Spiele in Berlin dirigieren.

Immer wieder traf er mit parteipolitischen Größen der NSDAP zusammen. Ende Mai 1938 fanden in Düsseldorf die Reichsmusiktagung statt, in deren Rahmen die Ausstellung „Entartete Musik“ stattfand. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der Oper „Arabella“ von Richard Strauss. Zu diesem Anlass traf er auch mit Joseph Goebbels zusammen (siehe Foto).

In der Folgezeit setzte er sich für jüdische Verwandte ein. Aber auch das schadete ihm nicht. Die Nazis hielten weiter an ihm fest. Kurz vor Kriegsende nahmen die Nazis ihn in die „Sonderliste



der drei wichtigsten Musiker des Dritten Reiches“ auf.

Im Düsseldorfer Abschlußbericht zur Überprüfung der Straßennamen wird der Richard-Strauss-Platz in Kategorie B eingeordnet - zur Überprüfung. DIE LINKE fordert die Änderung des Straßennamens.

Der Umbau von Düsseldorf

Für wen eigentlich?

Düsseldorf wird umgebaut; jedenfalls die Innenstadt. Den Anfang hat der Kö-Bogen I gemacht. Darauf folgte der Kö-Bogen II. Beide Gebäudekomplexe liegen zwar nicht an der Kö, Kö-Bogen macht sich aber besser. Das hört sich nach Luxus an. Genau das hat man versucht zu realisieren. Sowohl außen - mit der Architektur - als auch innen - mit den Geschäften. Zumindest innen hat es funktioniert. Über den Kö-Bogen I braucht man nichts mehr zu sagen. Er ist ein hässlicher Klotz, der den Hofgarten von der Innenstadt abriegelt. Der Kö-Bogen II ist ein grüner Bunker dessen Dach an einen nicht beispielbaren Golfplatz erinnert. Um die kalte Fassade an der Schadowstraße aufzulockern, hat man ein LED-Laufband installiert, über das den ganzen Tag Reklame flimmert.

Die Schadowstraße wird zurzeit in eine Fußgängerzone umgebaut. An deren Ende liegen momentan noch Karstadt und Kaufhof, denen jedoch die Schließung droht. Was dann mit den Gebäuden geschieht, ist noch ungewiss.

Vom Wehrhahn bis zum Rhein soll eine Flaniermeile entstehen. Mittendrin liegt der Heinrich-Heine-Platz mit dem

Carschhaus. Es gehört René Benko, dem Eigentümer von Karstadt und Kaufhof. Es soll - wie es sich für Düsseldorf gehört - zu einem Luxuskaufhaus umgebaut werden. Dazu passt anscheinend der jetzige Heinrich-Heine-Platz nicht. Deswegen soll auch er umgebaut werden. Benko hat schon seine Vorstellungen geäußert.



Schönes neues Düsseldorf?

Foto: pexels/Burst

Die Stadt beteuert, dass sie sich von ihm nicht unter Druck setzen lässt. Warum sie dann aber einen gut funktionierenden Platz umbauen will, bleibt schleierhaft. Derselbe Benko, der Karstadt und Kaufhof in die Pleite führt, will also ein neues Kaufhaus eröffnen.

Nicht weit davon liegt die Oper. Seit Jahren werden Millionen in die Sanierung gesteckt, ohne dass ein Ende abzusehen ist. Nun denkt man über einen Neubau nach. Er soll mindestens so gewaltig wie

die Elbphilharmonie oder die Oper in Sydney sein. Abgesehen von dem Größenwahnsinn wird der Neubau auch einen großen Teil des Hofgartens vernichten.

Aber nicht nur ein Neubau der Oper bedroht den Hofgarten. Zum Rhein hin soll ein Fotomuseum entstehen. Ebenfalls mitten im Hofgarten.

Auch der Hauptbahnhof soll umgebaut werden. Das denkmalgeschützte Gebäude soll um zwei Stockwerke aufgestockt werden. Der Vorplatz soll ebenfalls umgebaut werden. Zugegeben, der jetzige ist nicht gerade ein Schmuckstück. Es kann aber nicht sein, dass für eine Tiefgarage die vorhandenen Bäume gefällt werden sollen.

Über die Architektur der geplanten und der ausgeführten Gebäude in der Innenstadt kann man geteilter Meinung sein. Das Problem ist nur, dass jedes dieser Projekte die Stadt Millionen Euro kostet. Das Geld wird an anderen Stellen fehlen. Wie viele Sozialwohnungen könnte man davon bauen. Vielleicht könnte man auch Kitagebühren komplett streichen oder einen für alle kostenlosen Nahverkehr finanzieren. DIE LINKE ist gegen diese Prestige-Projekte, von denen die Bevölkerung außer Kürzungen in wichtigen Bereichen nichts hat.

Gegendenkmal am Reeser Platz gestoppt

Seit vielen Jahren setzt sich DIE LINKE gegen das Kriegerdenkmal am Reeser Platz in Gerresheim ein. Das Denkmal des 39. Füsilier-Regiments wurde von seiner Errichtung im Jahr 1939 an vom Nazi-Regime zur Verherrlichung des deutschen Angriffskriegs genutzt. Heute zieht das Denkmal neue rechte Gruppierungen an.

Der 2015 verstorbene LINKE Bezirksvertreter Frank Werkmeister kämpfte jahrelang gegen das Denkmal. Kurz vor seinem Tod überzeugte er die Bezirksvertretung 1 davon, dass es zumindest eines Gegendenkmals bedarf. Viele Beschlüsse und Jahre später stellte die Kunstkommission des Kulturausschusses den Siegerentwurf „Those who have crossed“ vor. Das Echo aus der Politik und Kultur war größtenteils negativ. Die begehbare Brücke, mit welcher das Kriegerdenkmal in dem Entwurf überbaut wird, erhöht das Denkmal und erinnert an die im Faschismus beliebten Rednertribünen. In der Ratssitzung am 17. Juni einigten sich alle Fraktionen darauf, den Auftrag an den Kulturausschuss zurückzugeben; diesmal mit der Vorgabe, die Öffentlichkeit und die KünstlerInnengemeinde Düsseldorfs frühzeitig einzubinden.

Abholzung trotz Klimawandel

Für die Erweiterung der Airport-City will die Stadt 8.100 Quadratmeter gesunden Baumbestand am Flughafen fällen. Die Ersatzpflanzung von 16.400 Quadratmetern Aufforstungsfläche soll in Langenfeld stattfinden.

Seit Jahren geht der Baumbestand in Düsseldorf zurück. Durch die Trockenheit in den Hitzesommern gehen Düsseldorf immer mehr Bäume verloren. So hat sich die Zahl der jährlich gefällten Bäume zwischen 2016 und 2019 von 742 auf 1.479 verdoppelt. Vor diesem Hintergrund kommentierte Anja Vorspel, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN Ratsfraktion Düsseldorf: „Es ist fatal, dass die Stadt ihre wertvollen Waldflächen weiter dezimiert. Die verlorene Kühlleistung und CO₂-Aufnahme ausgewachsener Bäume können wir nicht durch das Pflanzen von Baumschöblingen ausgleichen. Schon gar nicht, wenn die so genannten Ersatzpflanzungen in Langenfeld erfolgen. Das nützt uns in Düsseldorf nichts. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Ampel die Vergrößerung der Airport-City durchzieht, obwohl der Rat den Klimanotstand erklärt hat.“

Zweierlei Maß

Der Ordnungsdienst, die Polizei und die Corona-Protteste

Ausgerechnet in der Ablehnung von Atemschutzmasken haben Corona-LeugnerInnen und Rechte einen gemeinsamen Aufhänger gefunden. Seit dem Frühling protestieren so genannte „Corona-Rebellen“ und ihr Umfeld regelmäßig in der Düsseldorfer Altstadt und am Landtag. VerschwörungstheoretikerInnen und AntisemitInnen mischen dabei munter mit.

Der Umgang von Polizei und städtischem Ordnungsdienst (OSD) mit den Protesten zog dabei besonders am 9. Mai Kritik auf sich: Die nicht angemeldete Demonstration der Corona-LeugnerInnen zog mit knapp 300 Personen vom Burgplatz aus vor den Landtag - ohne Schutzmasken, ohne Sicherheitsabstände. Während eine linke Kundgebung zum 1. Mai wegen der Corona-Sicherheitsverordnung mit strengsten Auflagen zu kämpfen hatte, waren Auflagen den Ordnungskräften bei den Corona-LeugnerInnen offenbar egal: Die „Corona-Rebellen“ marschierten sogar ohne Ermahnung in die Bannmeile des Landtags. Diese ist sonst tabu für Demonstrationen.

Die rechtsextreme „Bruderschaft Deutschland“ lief an diesem Tag auch mit. DIE LINKE Ratsfraktion wollte wissen, wie das geschehen konnte und fragte in der Ratssitzung am 14.05.2020 nach.

In seiner Antwort begründete Ordnungsdezernent Zaum den laxen Umgang



Unterwegs im Namen des Aluhut

Foto: © privat

mit dem Versammlungsrecht wie folgt: Die Versammlung sei keine Versammlung, sondern eine „Ansammlung“ gewesen. Was der objektive Unterschied zwischen einer Versammlung und einer „Ansammlung“ ist, geht aus der Verwaltungsantwort auf die Anfrage der LINKEN nicht hervor. Entscheidend für das Ord-

nungsamt: Wenn es keine Versammlung gab, gab es an diesem 9. Mai auch keine Verstöße gegen das Versammlungsrecht und gegen das Bannmeilengesetz. Die rechtsextreme „Bruderschaft“ habe außerdem nicht zur Versammlung der Corona-GegnerInnen gehört. Etwas schwe-

rer tat sich die Verwaltung bei der Frage der LINKEN, warum die Corona-Schutzverordnung nicht durchgesetzt wurde. Der OSD habe den DemonstrantInnen eine „spontane Ausnahmegenehmigung“ erteilt, so Zaum. Am 1. und am 9. Mai wurde offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen.

Trauriger Rekord für Schwangere

Die LINKE Düsseldorf setzt sich regelmäßig für die Belange der Hebammen ein. Dazu gehört es auch, sich über die Begleitung von schwangeren Frauen zu informieren. 2019 jubelte man im Florence-Nightingale Krankenhaus in Kaiserswerth über den neu aufgestellten Rekord von über 3.150 Geburten. Die Geburtenrate von 2019 liegt bei insgesamt 8.725. Eine unverzichtbare Einrichtung zur Vermittlung von Hebammen ist die Hebammenzentrale in Düsseldorf. Die Anzahl der Hebammen, die mit der Zentrale zusammengearbeitet haben, ist von 51 Hebammen 2015 auf 86 Hebammen 2019 gestiegen. Dennoch erschrecken die Zahlen der Abweisungen. Konnten 68 Anfragen 2015 nicht betreut werden, so stiegen die Zahlen in den Folgejahren stetig weiter. 2017 waren es 923 abgewiesene Anfragen, 2018 leider 1.674 Anfragen und 2019 insgesamt 1.981 Absagen. Auch wurde durch Nachfrage der LINKEN bekannt, dass die Hebammenzentrale in den ersten vier Monaten nach Ausbruch von Corona keine Unterstützung von der Stadtverwaltung erhielt.

Einführung eines Bürgerbudgets gefordert

Die LINKE beantragte für den Haushalt 2020 ein Bürgerbudget von 0,50 Euro pro EinwohnerIn. Für Düsseldorf wäre der Betrag bei rund 640.000 EinwohnerInnen 320.000 Euro. Die DüsseldorferInnen könnten dieses Geld selbstbestimmt für die Unterstützung von Projekten ausgeben. Das Bürgerbudget ist eine Form der direkten Beteiligung. Dabei stellt die Politik einen festgelegten Teil des Haushalts zur Verfügung, über den die BürgerInnen eigenständig bestimmen. Vereine, Initiativen oder Interessenverbände treten mit ihren Projekten direkt an die BürgerInnen heran.

Diese basisdemokratische Budgetplanung ist eines der erfolgreichsten informellen Beteiligungsinstrumente in der Kommunalpolitik der letzten Jahrzehnte. Über 300 Kommunen in Deutschland beteiligen sich schon. Bedingung aller Bürgerbudgets ist, dass die vorgeschlagenen Ideen und die Ausgaben dem Wohl der EinwohnerInnen dienen. Es hängt von der Entscheidung des Rats und der Verwaltung ab, ob diese Form der direkten und demokratischen Mitbestimmung auch in Düsseldorf eingeführt wird. 2020 war es noch nicht soweit. Wir bleiben dran!

Alleingelassen in der Krise

Corona zeigt, dass Honorarverträge unsicher und unsozial sind

Als die Volkshochschule wegen Corona schließen musste, standen viele Lehrkräfte mit Honorarverträgen plötzlich ohne Einkommen da. Ihre Gewerkschaft GEW setzte sich bei der Stadt für eine Weiterzahlung der Honorare ein. Aber Oberbürgermeister Thomas Geisel zog sich darauf zurück, dass die Stadt dazu nicht verpflichtet sei.

Dagegen wehrten sich die VHS-DozentInnen und ihre Gewerkschaft GEW. Dem Namen nach selbstständig, sind die DozentInnen tatsächlich stark von den Aufträgen der Stadt abhängig.

DIE LINKE Ratsfraktion stellte deshalb am 18. Juni einen Antrag an den Stadtrat, den DozentInnen ihre Honorare zu zahlen; egal ob die Stadt dazu verpflichtet ist oder nicht. So hatten es vorher auch die Städte Bonn, Leverkusen und Köln vollzogen.

Stadtrat entscheidet gegen OB

Die SPD verweigerte im Stadtrat die Zustimmung, wollte sich aber auch nicht hinter ihren OB stellen - in der Abstimmung enthielten sich die SPD-Ratsmitglieder und überließen es lieber der CDU, dem Antrag der LINKEN zum Erfolg zu verhelfen. Zuvor hatten allerdings die Grünen durch einen Änderungsantrag

sichergestellt, dass die DozentInnen weniger Geld bekommen.

DIE LINKE hofft, dass die Stadtspitze lernt, dass sie politisch zur Rechenschaft gezogen wird, wenn sie glaubt, sich aus der Verantwortung für Beschäftigte stehlen zu können. Die Stadt lässt

städtischen Kitas; rund 290 Honorarkräfte arbeiten in den städtischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen; in den Bürgerhäusern arbeiten 40 und im Kinderhilfzentrum 25 Honorarkräfte. Die Mehrzahl der mit Honorarvertrag Beschäftigten arbeitet jedoch an den



Weiterhin eine unsichere Zukunft

Foto: (CCO) pagsels

sich eben nicht wie ein Konzern führen; sie wird demokratisch kontrolliert.

Im Bildungsbereich und im sozialen Bereich beauftragt die Stadt gerne Honorarkräfte; das ergab eine Anfrage der LINKEN an den Stadtrat am 14. Mai. 45 Honorarkräfte arbeiten in den

Offenen Ganztagschulen in Düsseldorf - ganze 2.183 Menschen. Sie erhielten während der Corona-bedingten Schließungen teils nur 50 Prozent ihrer Honorare. Diese Beschäftigungsverhältnisse würde DIE LINKE in reguläre Anstellungsverträge umwandeln.

Gewerbesteuer erhöhen

Gerade jetzt

Für die Stadt Düsseldorf stellt die Gewerbesteuer den größten Einnahmeposten dar. 2007 hat die Stadt rund eine Milliarde Euro an Gewerbesteuer eingenommen. 2008 wurde die Steuer massiv gesenkt. Der Bund senkte die Steuermesszahl; gleichzeitig hat Düsseldorf den Hebesatz gesenkt. Dadurch konnten die Unternehmen über 30 % an Gewerbesteuer sparen. Und zwar Jahr für Jahr bis zum heutigen Tag.

Das Steuergeschenk ist in der Öffentlichkeit komplett untergegangen, da es gleichzeitig eine weltweite Finanzkrise gab. Der Steuerrückgang von ca. 30 % wurde natürlich auf die Krise geschoben. Man kann davon ausgehen, dass Düsseldorfer Unternehmen bis heute insgesamt ca. 3,5 Milliarden Euro eingespart haben. 3,5 Milliarden, die die Stadt hätte einnehmen können.

Seit Jahren fordert DIE LINKE eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 %. Das hätte der Stadt Mehreinnahmen von insgesamt ca. einer Milliarde Euro beschert und den Unternehmen immer noch eine gewaltige Summe an Steuereinsparungen.

Mit der Gewerbesteuer finanziert Düsseldorf über 40 % seines Haushaltes.

Mit diesem Geld werden Schulen und Kitas bezahlt, der öffentliche Nahverkehr, Straßen, Kultureinrichtungen und vieles andere mehr. Da sich hier besonders viele große Firmen angesiedelt haben, konnte Düsseldorf im Vergleich zum Umland hierfür auch viel Geld bereitstellen. Was wieder dazu geführt hat, dass



Corona muss für alles herhalten

Foto: pixabay/JaffaCakefs

weitere Firmen nach Düsseldorf gekommen sind. Sie legen Wert darauf, dass sie ihren Beschäftigten ein gutes Umfeld bieten können.

Die durch die Corona-Krise ausgelöste Diskussion um eine Senkung der Gewerbesteuer ist komplett überflüssig. Die Gewerbesteuer ist eine reine Gewinnsteuer. Das heißt, dass Investitionen, Verluste

etc. abgezogen werden, bevor die Steuer berechnet wird. Dazu kommt noch ein Freibetrag für Personengesellschaften von 24.000 Euro. Erst der Gewinn, der darüber hinausgeht, wird besteuert. Es ist also ein Märchen, wir bräuchten eine Senkung der Steuer, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Genauso, wie es ein Märchen ist, dass bei einer Steuererhöhung kleine Gewerbetreibende die Leidtragenden sind.

Im Gegenteil, wir brauchen eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Durch die aktuelle Krise hat die Stadt weniger Einnahmen bei gleichzeitiger Steigerung der Ausgaben. Schon jetzt sind Kürzungen in allen Bereichen angekündigt worden. Besonders hart werden sich Kürzungen in sozialen Bereichen auswirken.

Firmen, die in der Krise noch Gewinne ausweisen, können auch dafür sorgen, dass weiterhin genügend Geld zur Verfügung steht, um Kürzungen zu vermeiden. Es ist besser, wenn die Gewinne zu einem kleinen Teil für die Allgemeinheit da sind, als dass sie an Kapitalanleger ausgeschüttet werden. Genau diese Erhöhung werden wir bei den anstehenden Beratungen zum städtischen Haushalt beantragen.

Kein Fortkommen

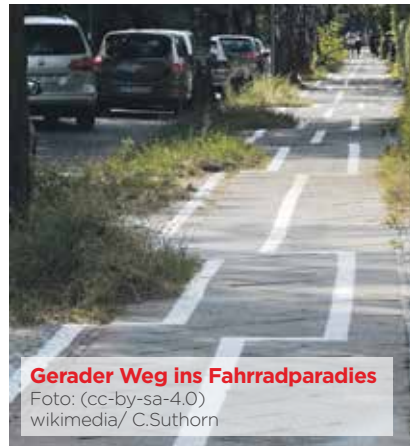
LINKE beanstandet mangelnden Willen bei der Umsetzung einer sicheren Radinfrastruktur

Die LINKE setzt sich für die Verkehrswende in Düsseldorf ein. Sie fordert einen attraktiveren und günstigeren Öffentlichen Nahverkehr und mehr Platz und Sicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Denn für eine Verkehrswende braucht es vor allem mehr alternative Angebote.

In Düsseldorf gewinnt das Fahrrad immer größeren Anteil bei der Wahl der Verkehrsmittel. Waren es 2013 im Durchschnitt 14 Prozent der EinwohnerInnen, die mit dem Rad zur Arbeit fahren, so stieg der Anteil 2018 schon auf 18 Prozent. Seit Corona ist der Radverkehr in Düsseldorf um weitere 31 Prozent angestiegen. Das erbrachten die Ergebnisse der 13 Fahrradzählstellen, die in Düsseldorf aufgestellt sind. Allein 2020 wurden 624.387 Fahrradfahrten mehr festgestellt. Um diese RadfahrerInnen sicher von A nach B durch Düsseldorf zu führen, braucht es mehr Radwege. Vor allen Dingen müssen die Radwege auch sicher sein. „Radwege sind erst dann gute Radwege, wenn Kinder auf ihnen zur Schule oder zu Freunden fahren und das sicher“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN, Anja Vorspel.

Die LINKE Düsseldorf will einen Radverkehrsanteil von mindestens 25 Pro-

zent; deshalb engagiert sich die LINKE seit 2014 in der Fachgruppe Radhauptnetz in Düsseldorf. Sie kritisiert, dass von den angestrebten 300 Kilometern neuer Radwege bisher nur 23 Kilometer



Gerader Weg ins Fahrradparadies
Foto: (cc-by-sa-4.0)
wikimedia/ C.Suthorn

umgesetzt wurden. Weiter bemängelt die LINKE, dass neue Radwege sich mit Fußgängerwegen mischen, oder die Mindestbreite nach den verbindlichen aktuellen Standards nicht eingehalten wird. Die Radwege sind viel zu schmal angelegt.

Seit 2019 setzt sich die LINKE im Rat für den Ausbau des Radschnellweges durch Düsseldorf ein. Radschnellwege sind ein wichtiger Bestandteil der Radinfrastruktur. Dafür müssen durch Düssel-

dorf Achsen geführt werden, die von Nord nach Süd und von Ost nach West gehen.

Die Klein-Klein-Umsetzung der letzten Jahre in die Radinfrastruktur liegt zum einen daran, dass Düsseldorf nur 2,80 Euro pro EinwohnerIn in die Radinfrastruktur investiert. Andere Städte dagegen investieren im Vergleich deutlich mehr: Kopenhagen 36 Euro, Oslo 70 Euro und Utrecht sogar 132 Euro. Deshalb fordert die LINKE eine Anhebung des Budgets auf 10 Euro pro EinwohnerIn. Auch beanstandet die LINKE, dass der Ausbau der Radinfrastruktur so stark vernachlässigt wird, dass selbst das geringe Budget nicht ausgeschöpft wird. Auto und Fahrrad sollten in der Stadt keine Konkurrenz sein. Deshalb braucht es klare Verhältnisse auf der Straße für beide. Nur das gibt allen VerkehrsteilnehmerInnen Sicherheit.

Damit die Stadt als Arbeitgeber ein Vorbild ist, hat die LINKE gefordert, dass die Stadtverwaltung sich als fahrradfreundlicher Arbeitgeber zertifizieren lässt. Dieser Antrag wurde angenommen. Leider ist danach nichts weiter passiert. Erfreulich ist, dass der Antrag der LINKEN zur Förderung der Finanzierung von Lastenrädern endlich eine Mehrheit im Rat gefunden hat.

Bau des Container-Hafens sinnlos

Planung wird trotzdem weitergeführt

Zwischen den Düsseldorfer Stadtteilen Benrath-Itter und Himmelgeist ist ein Containerhafen geplant. Sollte er fertig gestellt werden, wird er an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden am Tag in Betrieb sein. Die Befürworter führen die Schaffung von Arbeitsplätzen und den umweltschonenden Betrieb ins Feld.



Einfach mal weitermachen...
Foto: (CC0) piqsels/RyanMcGuire

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist gering, da der Betrieb vollautomatisiert laufen soll und nur wenige Personen mit Überwachung und Steuerung beschäftigt sein werden. Die Umweltschonung ist angeblich durch die sogenannte Trimodalität gegeben; d. h. durch den verteilten Gü-

tertransport mit Schiff, LKW und Bahn.

Die KritikerInnen haben in mehrfacher Hinsicht Vorbehalte. Insbesondere die Bürgerinitiative Hafenalarm hat mehrere Kritikpunkte auf ihrer Homepage www.hafenalarm.de aufgeführt.

Die angrenzenden Bereiche Himmelgeister Rheinbogen, Zonser Grind und Urdenbacher Kämpfe sind Naturschutzgebiet und würden durch einen rund um die Uhr betriebenen Hafen (nachts unter Flutlicht) extrem belastet. Auch die für Container-Schiffe notwendige Ausbaggerung des Rheins würde diese Gebiete gefährden.

Durch die Planung des RRX kann die gleichmäßige Verteilung des Verkehrs auf Schiene, Fluss und Straße nicht realisiert werden. Nach einem Gutachten müssten jeden Tag 20 Güterzüge aus dem Hafen fahren. Da es nur ein einspuriges Gleis gibt, fahren auch 20 Güterzüge am Tag darauf wieder zurück. Jeder Zug ist über

300 Meter lang und fährt im Schrittempo. Zurzeit fährt vom jetzigen Hafengelände zweimal am Tag ein Güterzug zum Henkel-Gelände. Dabei wird die zukünftige Trasse des RRX gekreuzt. Aus einer Stellungnahme der Bahn geht hervor, dass der Güterzugverkehr nicht ausgeweitet werden kann, da sonst der RRX, der im 15-Minuten-Takt fahren soll, blockiert würde. Der Gütertransport per Bahn fällt also flach. Wenn die Güter auf LKWs umgeladen würden, wären ca. 1.200 zusätzliche LKWs pro Tag notwendig. Wie diese Kapazitäten bewältigt werden sollen, ist völlig schleierhaft.

Aus diesen ganzen Gründen hat DIE LINKE im Planungsausschuss den Antrag gestellt, das bereits verabschiedete Bauleitplanverfahren aufzuheben und eine neue Planung für das Gebiet des Reisholzer Hafens zu erarbeiten. Eigentlich ein Antrag, der allein aus der Logik heraus von allen Fraktionen unterstützt werden müsste. Von CDU, SPD, Grünen und FDP ist er jedoch abgelehnt worden. Sie sind der Meinung, dass eine völlig sinnlose Planung weiter betrieben werden soll. So wird weiterhin Geld für eine Planung ausgegeben, die am Ende im Papierkorb landen wird.

Mehr Personal für das Gesundheitsamt

Die Corona-Pandemie stellt die kommunalen Gesundheitsämter vor große Herausforderungen. Plötzlich sind sie für die Verfolgung der Infektionsketten, die Quarantäneverwaltung und Info-Telefone zuständig. Im Mai 2020 beantragte die SPD zur Unterstützung des Gesundheitsamtes deshalb, das Amt digital aufzurüsten, damit es auf die Herausforderungen der Pandemie "optimal reagieren" könne. Eine angemessene Ausstattung bedeutet jedoch - noch viel dringender als eine digitale Verbesserung - das Personal im Gesundheitsamt aufzustocken. Deshalb brachte DIE LINKE Ratsfraktion einen entsprechenden Änderungsantrag ein.

Die regelmäßige Anfrage der LINKEN Ratsfraktion nach Krankheitsständen, Überlastungsanzeigen und Überstunden in der Stadtverwaltung zeigt seit Jahren, dass im Gesundheitsamt Missstände herrschen, die sich beispielsweise in erhöhten Krankheitsständen zeigen. Seit Jahren wird das Gesundheitsamt von der Stadt vernachlässigt, was sich in Zeiten von Corona rächt. Die Arbeitsbedingungen müssen nicht nur durch Digitalisierung optimiert werden - sondern in erster Linie mit mehr Personal. Unser Änderungsantrag wurde jedoch abgelehnt.

Barrierefreies Reisen eine Nullnummer

Im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften stellte DIE LINKE im April eine Anfrage zu barrierefreiem Reisen in Düsseldorf. 2011 wurde vom Deutschen Seminar für Tourismus (DSFT) Berlin e. V. und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ein bundesweites Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ entwickelt. Das Ziel ist es, detaillierte, verlässliche und geprüfte Informationen zur Barrierefreiheit zu geben. Seit März 2020 wird es bundesweit umgesetzt. Auf dem dafür geschaffenen Portal www.reisen-für-alle.de sind bisher keine Einträge für Düsseldorf zu finden, dagegen z.B. für Dortmund 40 Einträge. Die zuständige Düsseldorfer Tourismus GmbH (DT) lehnt aktuell eine Zertifizierung ab. Zum einen würde die Zertifizierung nur für drei Jahre gelten. Zum anderen findet DT eine Unterstützung der Finanzierung für Hotels nicht sinnvoll. Die Zertifizierungskosten oder Investition in personellen Mehraufwand hält die DT während der Corona-Krise für zu teuer.

Grundstücke - in 10 Jahren ausverkauft

Warum lehnt DIE LINKE Ratsfraktion den Verkauf städtischer Grundstücke konsequent ab? Es ist eine einfache Rechnung - Grund und Boden kann man nicht vermehren; wenn man ständig verkauft, ist irgendwann nichts mehr übrig. Für die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer wären das schlechte Neuigkeiten. Abschreckendes Beispiel Glasmacherviertel: 2012 noch für 20 Mio. Euro gehandelt, wurde es 2018 für 140 Mio. veräußert. 2019 kostete dasselbe Grundstück zusammen mit der Projektentwicklung 375 Millionen. Bezahlbaren Wohnungsbau wird es durch die privaten "Investoren" nicht mehr geben. DIE LINKE fragt regelmäßig im Ausschuss für Liegenschaften (AWTL) nach, wie viele Grundstücke noch in städtischem Besitz sind, die sich für den Wohnungsbau eignen, und wie viele verkauft wurden. Die letzte Anfrage stellten wir in der Sitzung des AWTL im März. Wir erfuhren, dass die Stadt im Jahr 2019 27.600 m² Wohnungsbaugrundstücke für 17,8 Mio. Euro verkaufte. Mittlerweile sind nur noch 26 ha an Grundstücken in städtischer Hand, die sich potentiell für den Wohnungsbau eignen. Das bedeutet, wenn die Stadt weiter jedes Jahr in diesem Tempo verkauft, ist der städtische Grund und Boden für Wohnungen in neuneinhalb Jahren ausverkauft.

Gut Niederheid in Bedrängnis

Besonders in einer dichtbesiedelten Großstadt sind Erholungsgebiete nötig. Während in der Innenstadt vollbefahrene Straßen und schlechte Luft dominieren, findet man am Stadtrand noch grüne Oasen. So zum Beispiel den Gutshof Niederheid in Holthausen. Dort können Kinder Pferde kennenlernen, an Therapieangeboten teilnehmen, Geburtstage feiern oder ihre Ferien verbringen. Im Februar 2020 sah sich die Pächterin des Gutshofes gezwungen, sich von einem Großteil ihrer Tiere zu trennen sowie die Angebote für Kinder einzuschränken. Grund dafür ist die unsichere Zukunft des Hofes: Seit 2016 versucht die Stadt Düsseldorf, das denkmalgeschützte Gut wegen der hohen Sanierungskosten an einen Privatinvestor abzustoßen. DIE LINKE Ratsfraktion beantragte deshalb im März, dass Gut Niederheid von der Stadt saniert werden muss. Aufgrund der Corona-Pandemie entschied sich der Antrag erst im Juni - und wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wohnraumschutz mit Verfallsdatum

Der Stadtrat lehnt Verbesserungen der Satzung gegen Airbnb ab

Ziel einer Wohnraumschutzsatzung ist, dass eine Stadt wirksam gegen Spekulation mit leerstehenden Wohnungen und gegen Missbrauch durch hotelähnliche Vermietungen vorgehen kann. Das ist in Düsseldorf in den letzten Jahren an den Ampel-Fraktionen gescheitert. DIE LINKE hatte das Thema vor Jahren in den Stadtrat gebracht und schließlich vor einem Jahr zur Abstimmung vorgelegt. Die Ampel aber setzte eine eigene Satzung durch. Diese wird von der LINKEN als wirkungslose Mogelpackung kritisiert.

Darin sah sich DIE LINKE Ratsfraktion durch einen Zwischenbericht der Stadtverwaltung nach sechs Monaten bestätigt. Der Bericht im Wohnungsausschuss zeigte vor allem, dass die Laufzeit der Satzung mit zwei Jahren zu kurz ist. Lutz Pfundner, Sprecher der LINKEN Ratsfraktion: „Die Verwaltung braucht mehr Zeit, um zu ermitteln, und der Rat braucht mehr Zeit, um sinnvolle Verbesserungen an der Satzung vorzunehmen.“ Verbesserungen seien dringend nötig, da es laut dem Zwischenbericht der Verwaltung innerhalb von 6 Monaten gerade mal zu neun Ablehnungen von Zweckentfremdung kam - in einer Stadt mit 13.000 leerstehenden und 5.000 kurzzeitvermieteten Wohnungen.

Im Falle einer CDU-FDP-Ratsmehrheit nach den Kommunalwahlen ist absehbar, dass die Wohnraumschutzsatzung nach zwei Jahren einfach nicht verlängert wird. Der Handlungsleitfaden zum Wohnungsaufsichtsgesetz des Landes NRW sieht übrigens fünf Jahre Laufzeit vor.

Der zweite große Kritikpunkt der LINKEN betrifft den Verkauf von früheren Mietwohnungen als Eigentumswohnungen. Für diesen Fall ermöglicht die Satzung eine Ausweitung des legalen Leerstands auf 12 Monate. Pfundner: „Dieser Passus muss gestrichen werden.“

Mit zwei Ratsanträgen wollte DIE LINKE diese Mängel der Wohnraumschutzsat-

zung beheben. Die Mehrheit im Stadtrat verwies die Anträge jedoch in der letzten Sitzung vor den Kommunalwahlen an den Wohnungsausschuss.

Es ist absehbar, welche Kombinationen im neuen Düsseldorfer Stadtrat zu welchen Ergebnissen bei der Wohnraumschutzsatzung führen werden. DIE LINKE fordert Verbesserungen noch vor den Wahlen. Die SPD stellt in Aussicht, die Mängel der Satzung erst nach den Wahlen zu beheben. Die Grünen sind in der Debatte kaum sichtbar. CDU und FDP haben bereits in der NRW-Landesregierung die Umwandlungsverordnung nicht verlängert.



Aktion des Wohnungsbündnis vor dem Rathaus

Foto: © gafas

Milieuschutzsatzungen - beschlossene Sache?

Die Initiative "Wohnen bleiben im Viertel" kämpft um den Erfolg ihres Bürgerbegehrens

In seiner Sitzung am 18. Juni beschloss der Stadtrat, dass es in Düsseldorf-Bilk eine so genannte Milieuschutzsatzung als Pilotprojekt geben soll. Wir sprachen mit Ben Klar, Sprecher der Initiative für das Bürgerbegehren "Wohnen bleiben im Viertel". Die Initiative sammelt seit Anfang des Jahres Unterschriften, um einen Bürgerentscheid zum Thema Milieuschutzsatzungen durchzuführen.

Herr Klar, was ist eine Milieuschutzsatzung überhaupt und warum soll Düsseldorf so etwas brauchen?

Mit einer Milieuschutzsatzung soll das soziale Gefüge in einem Wohngebiet erhalten werden. Abrisse, Modernisierungen und Sanierungen von Wohnhäusern müssen bei der Stadt angemeldet und genehmigt werden. So werden langjährige EinwohnerInnen dieser Gebiete vor Verdrängung durch rasant steigende Mieten geschützt. Im Extremfall kann die Stadt durch ein Vorkaufsrecht den Verkauf von Immobilien verhindern.

Betrifft das dann ganz Düsseldorf?

In unserem Bürgerbegehren haben wir 13 Wohngebiete benannt, welche die Stadt in den nächsten Jahren "aufwerten" möchte. Folge davon sind in der Regel höhere Mieten. Durch Milieu-

schutzsatzungen kann das verhindert werden.

Den Menschen, die nicht in einem der 13 Wohngebiete leben, nützt das dann also gar nichts?

Natürlich ist es unser Ziel, für möglichst alle Wohngebiete der Stadt Milieuschutzsatzungen zu bekommen. Deswegen sehen wir das Bürgerbegehren nur als Anfang an.



Ben Klar

Hat der Stadtrat nicht im Juni eine Milieuschutzsatzung beschlossen?

Der Stadtrat hat die Verwaltung beauftragt, Grundlagen für den Erlass von Satzungen zu erarbeiten. Eine Satzung ist noch nicht beschlossen worden.

Die Entscheidung des Stadtrats war also kein Durchbruch?

Wir sehen es als Erfolg unserer Initiative an, dass sich der Rat überhaupt mit dem Thema beschäftigt hat. Allerdings hätten wir gerne, dass für die Erarbeitung der Grundlagen eine Frist gesetzt wird. Ein entsprechender Antrag der LINKEN, diese Frist auf sechs Monate festzusetzen, wurde allerdings von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Werden wir in Düsseldorf im September also nicht nur wählen, sondern auch über die Einführung von Milieuschutzsatzungen entscheiden?

Da hat uns Corona einen Strich durch die Rechnung gemacht, weil wir durch die Kontaktsperre nicht in ausreichendem Maße Unterschriften sammeln konnten. Jetzt sind wir aber wieder verstärkt unterwegs und sammeln weiter.

Bei einem Erfolg des Bürgerbegehrens muss der Stadtrat noch der Durchführung eines Bürgerentscheids zustimmen - wie stehen dafür die Chancen?

Je mehr Unterschriften zusammen kommen, desto mehr werden auch die Mitglieder des Rates in ihrer Entscheidung beeinflusst.

Kultur am Leben erhalten

Mehr Geld für mehr Freiraum

Ob Konzerthalle oder solselbständiger DJ - fast allen Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden brechen aufgrund der Corona-Pandemie die Einnahmen aus Eintrittsgeldern oder Aufträgen weg. Viele Kreative arbeiten immer schon unter prekären Umständen. Deswegen ist die Kulturszene von den Corona-Einschränkungen bedroht. Kulturstätten mussten ihre MitarbeiterInnen in Kurzarbeit und die Mini-JobberInnen und Soloselbständigen in die Arbeitslosigkeit schicken.

Erstaunlich schnell reagierte die NRW-Landesregierung auf die Existenzbedrohung der Kreativen mit einem „Soforthilfepot“. Daraufhin beantragten ca. 17.000 Menschen die Landesgelder, welche jedoch nur für 3.000 Menschen ausreichten. Da Bundes- und Landesfonds der Nachfrage nicht gerecht wurden, hat Düsseldorf eigene Lösungen für den finanziellen Fortbestand der lokalen Kulturszene gesucht.

DIE LINKE fragte im Düsseldorfer Stadtrat nach, inwiefern sich die Verwaltung mit den finanziellen Problemen von Kultureinrichtungen auseinandersetzt.

Die Stadtverwaltung berichtete, dass fast alle Düsseldorfer Kultureinrichtungen in ihrer Existenz bedroht sind, wenn keine nachhaltigen Maßnahmen ergriffen werden. Erfreulich war, dass die Stadtverwaltung seit Beginn der Corona-Krise den Austausch mit den im Kulturretat berücksichtigten Kulturstätten sucht. Die Stadt bot beispielsweise an, dass die Miete erst später gezahlt werden muss. Ebenfalls bot sie an, die Zuschüsse des

nächsten halben Jahres schon vorgezogen auszuzahlen.

Außerdem stellt die Stadt den Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden einen Hilfsfonds in Höhe von 730.000 Euro zur Verfügung. Davon sollen 600.000 Euro an kommerzielle Theater und 130.000 Euro an die freie Kunst- und Kulturszene gehen. Diese Gelder können jedoch nur beantragt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen, wie z.B. die vorherige Auszeichnung oder öffentliche Förderung, erfüllt werden.

Alle Maßnahmen zeigen guten Willen, verschieben jedoch die finanzielle Problematik der Kulturstätten nur um einige Monate. Denn das Loch in den Kassen durch fehlende Eintrittsgelder bleibt und die finanziellen Probleme werden zuneh-

mend größer und bedrohlicher. Die Stadtverwaltung merkte in ihrer Antwort auf die Anfrage der LINKEN an, dass viele Kulturorte ohne zusätzliche finanzielle Förderung durch die öffentliche Hand existenzbedroht sind.

Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt ihr „Rücklagenverbot“ beenden. Das bedeutet, dass die Kultureinrichtungen weiterhin einen Festbetrag an städtischen Geldern erhalten, einen eventuellen Überschuss über Einnahmen durch Veranstaltungen aber behalten dürfen und nicht an die Stadt zurücküberweisen müssen. Dadurch hätten die Kultureinrichtungen die Möglichkeit, geringfügige Rücklagen zu bilden. Nur so können sich auch die kreativen Betriebe auf mögliche Krisen vorbereiten.



Ach, was waren das noch Zeiten...
Foto: (CCO) pixabay/pexels

Mega-Projekt trotz leerer Kassen

Die U81 wird wieder einmal teurer

Während um einen Pop-up-Radweg unversöhnlich gestritten wurde, wurde das unsinnigste Verkehrsprojekt Düsseldorfs durchgewunken: Die letzte Explosion der geplanten Kosten für den Bau der U 81 bewirkte, dass das Vorhaben noch einmal durch den Stadtrat musste. Der erste Bauabschnitt (vom Freiligrathplatz bis zum Flughafenterminal) wird sich von 95 Millionen Euro auf aktuell 256 Millionen Euro verteuern. Alle Abschnitte zusammen werden wahrscheinlich eine Milliarde Euro kosten.

Deshalb ist DIE LINKE skeptisch, dass der Eigenanteil an den Kosten für die Stadt wirklich zwischen 32 bis 60 Millionen Euro liegen wird, wie vorhergesagt.

Skepsis ist auch bei der Frage nach dem Nutzen des Millionenprojekts angesagt: Konzipiert wurde die Stadtbahn U 81 vor allem für Messe- und FlughafenbesucherInnen. Die Messegäste würden

eine neue Stadtbahn-Linie aber allenfalls saisonal auslasten und die Flugreisenden haben bereits heute andere Möglichkeiten: Der Flughafen ist vom Hauptbahnhof aus schnell und umweltfreundlich mit der S-Bahn zu erreichen.

Es ist aus Sicht der LINKEN deshalb ein Schildbürgerstreich, dass die U 81 von den Ampelfraktionen noch immer als „wichtiger Teil der Verkehrswende“ verkauft wird. Um den umweltfreundlichen Bahnverkehr attraktiver zu machen, könnte die Rheinbahn sinnvoller in mehr Personal und weitere Fahrzeuge investieren – hier lohnt sich jeder investierte Euro.

Das Verhältnis zwischen Investition und volkswirtschaftlichem Nutzen ist beim Bau dieser Bahnlinie dagegen sehr viel schlechter. Die U 81 erfüllte in der Kosten-Nutzen-Rechnung knapp die Mindestvoraussetzungen für eine Bundesför-

derung und wird nach Überzeugung der LINKEN nie rentabel sein.

Gerade aus wirtschaftlichen Erwägungen forderte DIE LINKE in der Sitzung des Stadtrates am 14. Mai, die Notbremse bei diesem Projekt zu ziehen. Corona wird sich auf den städtischen Haushalt mit einem Finanzloch von 400 Millionen Euro auswirken, so rechnet die Stadtkämmerin. Schon jetzt sind alle Dezernate zum Sparen aufgefordert – nach Möglichkeit sollen 20 Prozent in vielen Bereichen eingespart werden. Sollte das nicht auf ‚freiwilliger‘ Basis gelingen, ist spätestens bei der Aufstellung des städtischen Haushalts für das Jahr 2021 mit starken Einschnitten bei den städtischen Angeboten zu rechnen. Lieber sollte die Stadt teure Prestigeprojekte auf Eis legen. Der Stadtrat aber winkte die U 81 im Mai durch und lehnte den Antrag der LINKEN ab.

Entwicklung des Wohnungsmarktes

Bezahlbarer Wohnraum ist in Düsseldorf Mangelware. Die soziale Preisbindung gilt für 20 Jahre und bestimmt, dass eine Wohnung nicht mehr als 7,60 Euro pro Quadratmeter kosten darf. Jedes Jahr fallen meist mehr preisgünstige Sozialwohnungen aus der Preisbindung als neue entstehen. Der Bestand an bezahlbarem Wohnraum sinkt immer weiter. Dabei haben mehr als 50 Prozent der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und damit Anspruch auf eine Sozialwohnung!

Auf unsere jährliche Anfrage wurde geantwortet, daß im Jahr 2019 insgesamt 573 Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen fertiggestellt wurden.

420 Wohnungen sind im Jahr 2018 aus der sozialen Preisbindung gefallen und dürfen teuer vermietet werden. Der geförderte Wohnungsbestand lag Anfang 2019 bei nur 15.513 Wohneinheiten - bei 300.000 Menschen in Düsseldorf die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Der Anteil von sozialem Wohnungsbau am Gesamtmarkt lag 2018 bei nur 4,35%. Dabei sind im „Handlungskonzept Wohnen“ von 20% geförderter Wohnungsbau vereinbart. Wir werden weiter daran arbeiten, dass die Stadt sich an ihre eigenen Vorgaben hält und mehr bezahlbaren Wohnraum schafft.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.

im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Meikel Friebe, Inge Heuschen, Kea Detmers, Christian Jäger, Ben Klar, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

35.000

Klimakiller Flughafen: Dritte Startbahn genehmigt

In seiner Sitzung am 14. Mai 2020 nahm der Stadtrat zur Kenntnis, wie der Düsseldorfer Flughafen bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden will: Unter anderem die Umstellung auf LED-Beleuchtung und die Anbindung an das Fernwärmenetz sollen ermöglichen, dass 42.843 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart werden. Was nur DIE LINKE bemängelt: Die CO₂-Produktion der Flugzeuge fließt nicht in diese Berechnung ein. Die gehört nach Auffassung der Verwaltung nicht zum CO₂-Ausstoß der Stadt. Dabei hat Düsseldorf nach Flugbewegungen und Passagierzahlen den bundesweit drittgrößten Flughafen und ist für zwanzig Prozent der Fluggäste verantwortlich. Von den jährlich ca. 30 Mio. Tonnen CO₂ durch Flüge aus Deutschland und 2,1 Mio. Tonnen CO₂ durch innerdeutsche Flüge sind demnach vermutlich sechs Mio. Tonnen „in Düsseldorf gemacht“. DIE LINKE stellte deshalb zur Ratssitzung den Antrag, dass der Stadtrat die Flughafen Düsseldorf GmbH auffordern sollte, sofort alle Planungen für eine Erweiterung der Flugkapazitäten einzustellen. Die geplante Erweiterung des Flughafens um eine dritte Startbahn würde nämlich zusätzliche Flüge ermöglichen, die ein Zigfaches des eingesparten CO₂ erzeugen. Sollte sich allerdings durch Pandemien das Reiseverhalten dauerhaft ändern, wäre die dritte Startbahn völlig unnötig. Der Antrag der LINKEN auf Stopp der Flughafenerweiterung wurde erst in der Ratssitzung am 18.06.2020 abgestimmt; dort wurde er gegen die Stimmen der LINKEN und der Grünen abgelehnt.

Kein Netz unter dieser Nummer

Digitalisierung an Schulen

Seit März hebt die Corona-Pandemie die Welt aus den Angeln. Geschäfte, Schulen und Gastronomie waren geschlossen. Der Onlinehandel boomt, Essen kommt vom Lieferwagen und Schule findet im Internet statt. Plötzlich müssen alle Fragen rund um die Digitalisierung beantwortet werden, bei denen

Bundesarbeitsministeriums (150 Euro pro Schuljahr pro Kind...) aufstocken würde, damit Kinder aus einkommensschwachen Familien auch eine digitale Ausrüstung für zu Hause kaufen können. Unsere Anfrage an die Stadtverwaltung nach den Rahmenbedingungen dieser Förderung hat ergeben, dass Bund und

Die durch Corona-bedingte zwangsläufige Umstellung des Unterrichts auf digitale Inhalte machte aber auch Mängel sichtbar. Es zeigt sich in verschiedenen Untersuchungen, dass es maßgeblich auf die IT-Fähigkeiten des Lehrpersonals ankommt digitale Inhalte zu vermitteln. Insbesondere bei SchülerInnen in sogenannten bildungsfernen Schichten ist die richtige Vermittlung digitaler Inhalte enorm wichtig. Ungleichheiten zwischen sozialen Schichten, Altersgruppen und Geschlechtern können sich durch diese Mängel verschärfen.

Düsseldorf braucht ein zukunftsfähiges Konzept, wie digitale Bildung für Kinder grundsätzlich gesichert werden kann. Wir dürfen nach der Corona-Pandemie keine Rückschritte in der Digitalisierung zulassen, sondern müssen an Erreichtem festhalten und Fortschritte vorantreiben. Die Welt ist im digitalen Wandel und Kinder und Jugendliche müssen daran teilhaben können.

Die technische Ausstattung vieler Schulen in Düsseldorf ist mangelhaft. Der Anschluss aller Schulen an das Breitband-Internetnetz ist notwendig, um einen digitalen Unterricht wirklich durchführen zu können. Dies wurde viel zu langsam von der Stadt in Angriff genommen. Die Planung ist jahrelang regelrecht verschlafen worden. Andere Großstädte sind da wesentlich weiter. Düsseldorf hat erst Ende 2019 einen Medienentwicklungsplan mit viel Tamtam verkündet, allerdings ohne Angabe eines zeitlichen Rahmens. Nun soll es aufgrund von Corona endlich voran gehen. Wer aber die LehrerInnen in punkto Digitalisierung des Unterrichts fortbildet, steht in den Sternen. Sie sind erstmal weitgehend auf sich alleine gestellt. Die digitale Zukunft des Schulunterrichts sieht noch lange nicht rosig aus.



sich Deutschland vorher viel zu viel Zeit gelassen hat. Hat man ein Recht auf Internetzugang? Und wie sollen Kinder an digitalem Unterricht teilnehmen, wenn sie nicht ins Internet kommen?

Auch in Düsseldorf mussten die Schulen ab Mitte März auf unbestimmte Zeit schließen. Die Stadt reagierte auf die neuen Entwicklungen und trieb den im Dezember 2019 beschlossenen sogenannten Medienentwicklungsplan voran. Dazu wurden in einem ersten Schritt 15.000 neue Tablets eingekauft, die den Schulen zur Verfügung gestellt werden sollen. So können auch Kinder ohne Computer am Home School Unterricht teilnehmen, sofern sie einen Internetanschluss haben.

Ende April verkündete die Stadt, dass sie das Bildungs- und Teilhabepaket des

Länder sich auf ein Sofortprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro geeinigt haben, um digitale Endgeräte bereitstellen zu können.

Die Mittel sollen vermutlich dem jeweiligen Schulträger zur Verfügung gestellt werden. Leider sollen die Geräte nachzeitigem Kenntnisstand nur leihweise an die SchülerInnen ausgegeben werden. Wir hätten uns eine Lösung gewünscht, bei der Kinder auch eine eigene digitale Grundausstattung erhalten - eine Auszahlung der Geldmittel für eigene Computer ist aber nicht vorgesehen. So müssen Eltern im Leistungsbezug weiter über einmalige Bedarfe das Recht ihrer Kinder auf digitale Teilhabe beim Jobcenter erstreiten - häufig leider immer noch vor Gericht.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion

DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

